

Freie Meinung

Ausgabe 2/2014

Was nun?

Sachpolitik, Frau Ministerin, nicht Parteipolitik!

IN DIESER AUSGABE

Siegfried Neyer ortet einen phänomenalen Fehlstart der Ministerin

Bildungsstandards sind eine Riesenblamage findet Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner

Was man über "Gender" wissen sollte betrachtet Dieter Grillmayer

Das BIFIE Schuldatenleck beleuchtet Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner

Bildungspolitik...



... Blamage ohne Ende?

Phänomenaler Fehlstart einer Ministerin

Von Siegfried Neyer



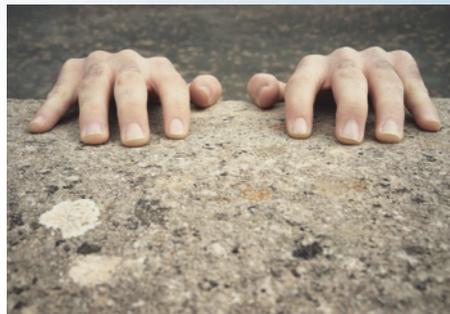
Üblicherweise wird nach rund 100 Tagen die erste Bilanz einer neuen Regierung gezogen. Für die aktuelle Bundesregierung sind diese 100 Tage nun um. Die Regierung ist ja nicht wirklich neu, auch wenn es einige personelle Umbesetzungen gegeben hat. Neu, wenn auch nicht unbekannt, ist Ministerin Heinisch-Hosek, die in das Unterrichtsministerium gewechselt ist. Nach dem Abgang der vorigen Ministerin Schmied stellten sich viele die Frage, ob wohl etwas Besseres nachkomme. Auch wenn die neue Ministerin HS-Lehrerin ist und Unterrichtspraxis aufweist, kann man obige Frage nur verneinen. Von dieser Berufspraxis ist wohl nichts übrig geblieben oder es wird weit hinter die Parteiideologie gestellt.

Den ersten Bauchfleck legte sie hin, indem sie das neue Lehrerdienstrecht gegen alle Bedenken und Einwände mit Gewalt durch den Nationalrat boxte. Es blieb dabei: Lehrer müssen künftig mehr unterrichten und erhalten dafür weniger Gehalt, dafür wird

ihre Ausbildung zum Teil drastisch verlängert. Wie man unter solchen Umständen künftig genug Lehrer finden will, die zudem noch die besten sein sollen, hat die Ministerin nicht verraten.

Als Draufgabe dazu passt, dass die Universitäten von den angehenden Lehramtskandidaten Aufnahmeprüfungen verlangen, für die auch noch zu bezahlen ist (an der Uni Innsbruck € 50,-). Wie mit einer solchen Prüfung die Eignung für das Lehramt festgestellt werden soll, ist mir schleierhaft, es sieht auch eher nach Schikane und Geldbeschaffung aus.

Die nächste Blamage stellte dann die Veröffentlichung der PISA-Er-



gebnisse dar. Während die Schüler der AHS auf 600 Punkte kamen, erreichten die Schüler des Auslaufmodells Hauptschule mit deutlichem Respektabstand 480 Punkte. Eine massive Schlappe mit 478 Punkten setzte es für die finanziell erheblich besser ausgestattete NMS. Immerhin unterrichten dort in den Schularbeitenfächern zwei Lehrer pro Klasse, womit der Personalaufwand über 50 % höher als in der AHS ist. Ein Aufwand, der sich offenbar nicht bezahlt macht.

Die schlechte Leistung der NMS zeigt sich auch bei den Orientie-



rungsarbeiten der 3. Klassen AHS und NMS in Vorarlberg, wobei in der NMS nur Schüler mit den Noten 1 und 2 berücksichtigt werden. Sind die NMS-Schüler in Deutsch nur 4 – 8 % hinter den AHS-Schülern, so sind es in Englisch und Mathematik bis über 20 %. Das Prestigeprojekt NMS kann man damit wohl als teure Fehlinvestition betrachten.

Das seit Dezember intern bekannte, aber erst Ende Februar öffentlich bekannt gewordene Datenleck beim BIFIE diente der Ministerin dann als Vorwand, alle Tests inklusive der Zentralmatura abzusagen. Dass sie die Bildungsstandards nur noch alle zwei Jahre erheben lassen will, hat sie ja schon Anfang Februar bekannt gegeben. Nun kann sie auch die nächste ungeliebte PISA-Erhebung absagen, die wohl ein ähnlich ernüchterndes Ergebnis für die NMS geliefert hätte wie die letzte. Noch mysteriöser wird die Sache, wenn dann Ende März die Datensicherheit beim BIFIE für die Zentralmatura auf einmal gegeben ist, für PISA und andere Testungen jedoch nicht.

Wer nach 100 Tagen eine derart katastrophale Bilanz vorweisen kann, ist eigentlich reif für den Rücktritt.

Rückschau und Ausblick

von Dieter Grillmayer

Nahezu schlagartig sind die positiven Wortmeldungen zur Gesamtschule und zur Neuen Mittelschule (NMS) verstummt, seit die Ergebnisse der Bildungstests in Mathematik und Englisch bekannt geworden sind, worüber in dieser Folge der „Freien Meinung“ (FM) noch ausführlich berichtet wird. Neben dem pädagogischen Misserfolg ist vor allem die Kostenrechnung schockierend.

Im Bewusstsein, dass sich nur unbeliebt macht, wer darauf verweist, immer schon „Recht“ gehabt zu haben, kann ich doch eine gewisse persönliche Befriedigung nicht verleugnen. Erstens habe ich nämlich Leistungsvergleichstests immer befürwortet, und zwar allein schon deswegen, weil sie Licht ins Dunkel der pädagogischen Heilslehren zu bringen vermögen. Und zweitens habe ich der NMS von Anfang an misstraut bzw. spätestens seit dem Zeitpunkt, da ich mich auf der Homepage des BMUKK über das Projekt informiert habe. (In meinem Buch „Schule zwischen Anspruch und Zeitgeist“ kann die dort gebotene Information nachgelesen werden.)

Umso mehr frage ich mich, was sich SPÖ, ÖVP und BZÖ dabei gedacht haben und ob insbesondere deren Schulexperten alle geschla-

Was haben DIE sich dabei gedacht?

fen haben, als im Parlament mit dieser breiten Mehrheit eine flächendeckende Einführung der NMS beschlossen worden ist. (Die Grünen haben nur deshalb nicht mitgestimmt, weil die AHS-Unterstufe verschont geblieben ist.) Heute wird landauf, landab beklagt, dass die NMS ohne Evaluierung ins österr. Schulsystem implementiert wurde; dabei war für alle Praktiker von Anfang an

klar, dass der NMS ein falsches pädagogisches Konzept zugrunde liegt.

Ein ähnliches Debakel steht der Modularen Oberstufe (MOST) und



anderen Schulprojekten bevor, welche Linksbewegte für „fortschrittlich“ halten und die von der politischen Mitte nicht verhindert werden, um dem Totschlagsargu-

Totschlagargument "Rückwärtsgewandtheit"

ment der „Rückwärtsgewandtheit“ zu entgehen. Ebenso verhält es sich mit vielen anderen Fragen von gesellschaftspolitischer Relevanz, etwa der Gender-Ideologie. Nie und nimmer wird man dem „einfachen Volk“, also der breiten Mehrheit, diesen (und auch anderen) Unsinn einpflanzen können; eine Volkspartei wäre gut beraten, das zu beachten.

Nicht so die ÖVP, wo eine seit Wolfgang Schüssels Abgang schwache Parteiführung anscheinend nicht imstande ist, der „Modernisierer“ und „Linksverbinder“ in den eigenen Reihen Herr zu

werden. In Folge fällt die ÖVP von einer Krise in die andere und verliert laufend an Profil, Glaubwürdigkeit und Wählervertrauen. Man darf also die – durch Meinungsumfragen gestützte – Prognose wagen, dass die große, mit der Sozialdemokratie um den ersten Platz ringende Volkspartei der Zukunft die FPÖ sein wird, die in der Bildungspolitik der letzten Jahre fehlerfrei agiert hat und die auch in anderen gesellschaftsrelevanten Fragen viel näher „beim Volk“ ist als ihre politischen Gegner. Dazu kommt, dass der ÖVP mit den NEOS eine neue und ernsthafte Konkurrenz erwachsen ist, mit der sie sich die so heftig angestrebte „Mitte-Position“ in Hinkunft teilen müssen.

Winston Churchill:

Das Problem des Kapitalismus ist, dass er das Glück ungleich verteilt, das Problem des Sozialismus ist, dass er das Unglück gleich verteilt.

„Bankrotterklärung der österreichischen Bildungspolitik“

Von Josef Pasteiner

So formulierten es Mitte April die Vorsitzenden der fünf Lehrgewerkschaften, als die SPÖ-Bildungsministerin bekannt gab, dass noch 2014 im Schulbudget 57 Millionen Euro „eingespart“ werden müssen, sowie 2015 zusätzliche 60 Millionen. Gespart werden solle nicht nur in der Verwaltung, sondern vor allem in jedem einzelnen Schultyp. Die Klassenschülerhöchstzahl 25 plus 20 Prozent (= 30) sollte es nur mehr bis zur achten Schulstufe geben.

Selbst das Prestigeprojekt der Neuen Mittelschule (NMS), das „Team-Teaching“, sollte gekürzt werden. Der gemeinsame Unter-



richt von zwei Lehrern in Deutsch, Mathematik und Englisch wird von bisher 12 Unterrichtsstunden auf 10 pro Woche reduziert. „Wir drehen nur ein bisschen an den Teilungszahlen“ sagte Heinisch-Hosek dazu im Ö1-Morgenjournal: „Nur auf der 9. Schulstufe werden die Teilungen wieder zurückgefahren.“

In den ersten Klassen der BHS (HTL, HAK usw.) und den 5. Klassen der Gymnasien sollten al-

BHS / AHS

so wieder mehr als 30 Schüler (bis zu 36) sitzen. Bisher wurden die Klassen in den Schularbeitsfächern ab 31 Schüler geteilt. Das sollte nun entfallen, was weniger Förderung für den einzelnen

Schüler bedeutet, aber auch viel Mehrarbeit für die Lehrer. An den AHS sollte der Informatikunterricht nicht mehr ab 13 Kindern, sondern erst ab 25 geteilt werden. Im Fach Bildnerische Erziehung sollte die Klassenteilung sogar komplett entfallen.

Auch die Volksschulen (VS) sollten

Volksschulen

nicht ungeschoren davonkommen. So meinte BM Heinisch-Hosek, kleinere VS sollen geschlossen werden, um durch größere Klassen Geld einzusparen. Sie schickte im ORF-Radio voraus, dass „die Länder wohl am besten wissen, was sie sich leisten können und was nicht.“ Klar sei, dass sich auch die Länder „nach der Decke strecken müssen“, wenn sie nicht selbst in die Taschen greifen wollen.

Um die Schließung kleiner VS zu verhindern, stellen die Bundesländer nämlich zusätzlich Lehrer an (in NÖ sind es schon 432, in Kärnten 337, in Vorarlberg 289 usw.), wofür sie an das Ministerium jährlich 40.000 € Pauschale pro Lehrer zahlen. Die jährlichen

Mehrkosten für das Ministerium betragen hiefür 30 Mio Euro. Um diese einzusparen, sollten die Länder ab 1. September 2014 nun 60.000 € pro Lehrer zahlen, was zu einem Aufstand der Landeshauptleute führte. Die SPÖ-Lan-

SPÖ Landeschefs drohten sogar mit Klage!

deschefs Kaiser (Kärnten) und Niessl (Burgenland) drohten SPÖ-Heinisch-Hosek sogar mit Klagen. Niessl forderte zusätzlich, völlig unqualifiziert, die Einsparung von 1.500 Dienstposten in der Schulverwaltung durch Nichtnachbesetzung, was die 50 Mio Euro bringen sollte.

Die intensiven Proteste der Parteien, Lehrer-, Schüler- und Elternvertreter gegen die Sparpläne wurden so heftig, dass die Unterrichtsministerin noch in der Karwoche alle diesbezüglichen Verordnungen zurückzog. Am 24.



April gab sie plötzlich bekannt, dass die Länder 2011 bis 2013 von den vorgesehenen Geldern für den Ausbau der Ganztagschule 50 Mio Euro nicht abgeholt hätten und diese sollten nun für das

Sparpaket verwendet werden.

Nun müssen aber 2014 insgesamt 87 Mio Euro (57 + 30) eingespart werden. Der diesbezügliche Plan (und dies ab frühestens Mai) sind 18 Mio. in der Schulverwaltung (?), 7 Mio. bei Schulneubauten(?),



3 Mio. beim BIFIE (= verantwortlich für die „Schulreformen“ und das „Datenleck“) und 9 Mio. sollen die Länder noch immer übernehmen(?), was aber noch völlig offen ist.

In der Nationalratssitzung am 24. April präsentierte die SPÖ-Ministerin ihre neuen Sparpläne, worauf die FPÖ gegen sie einen Misstrauensantrag stellte. Nicht nur, dass bei den Einsparungen für 2014 noch vieles offen ist, werden die großen Finanzprobleme im Unterrichtsressort ab 2015 extrem schlagend werden. Die

Misstrauensantrag

„Presse“ kommentierte dies am 25. April folgendermaßen: „Bankrotterklärung der Bildungsministerin“ und am 26. April: „Von den 90 Mio. Euro (60+30), die 2015 gespart werden sollen, wird derzeit noch nicht einmal wirklich gesprochen“. Kann Heinisch-Hosek die Schulfinanzlücke heuer noch mühsam schließen, so wird dies zukünftig nur mehr mit einer anderen Schulpolitik möglich sein!

Damit darf ich folgende alternative jährliche Einsparungsmöglichkeiten vorstellen:

1. Abschaffung des ineffizienten und teuren BIFIE = 16 Millionen Euro jährlich.

2. Stop der stinkteuren und nivellierenden NMS sowie Rückkehr zur Hauptschule mit den drei Leistungsgruppen in den Schularbeitsfächern = 200 bis 300 Millionen jährlich.

3. Ausbau der Ganztagschule (dafür hat Heinisch-Hosek extra 400 Mio. Euro) nur in Form von freiwilliger Nachmittagsbetreuung, wo sie wirklich gebraucht wird = 50 bis 100 Millionen jährlich.

4. Einsparungen in der Schulverwaltung sind möglich, wenn auch nicht in den Schulen. Niederösterreich ist hier schon ein Vorbild: Einem Vorschlag von mir folgend beschloss der Landtag das Ende der 28 Bezirksschulinspektoren, Bezirksschulräte und die Schließung ihrer Büros mit 1. August 2014.

Statt dessen gibt es fünf Außenstellen des Landesschulrates für N.Ö. im Mostviertel (Waidhofen/Ybbs), Waldviertel (Zwettl), Industrieviertel (Baden), Weinviertel (Mistelbach) sowie Wien Umland (Tulln).



Statt der 28 Bezirksschulinspektoren gibt es zukünftig nur einige Pflichtschulinspektoren. Einsparung allein in Niederösterreich voraussichtlich vier bis fünf Millionen jährlich. Personaleinsparungen gäbe es auch im Ministerium und bei den Landesschulräten. Österreichweit würde so eine Verwaltungsreform eine Einsparung von 20 bis 25 Millionen jährlich bringen.

5. Keine Inserate mehr in Zeitungen = 3 Mio Euro jährlich.

Das wären Einsparungen von 289 bis 400 Millionen jährlich und die derzeitige „bildungsblinde Scherbenfabrik“ (Der Standard) wäre nicht nötig. Für Naive hat Heinisch-Hosek versprochen, dass es die 2014 abgezwickten 50 Mio. Euro für die Ganztagschulen 2018 zusätzlich geben wird...

Bildungsstandardtests = Riesenblamage für linke „Schulreformer“

von Josef Pasteiner

Neuer Wirbel um die linke staatliche Schulpolitik! So titelte „Die Presse“ am 1. Februar 2014: „Die neuen Mittelschulen enttäuschen“ und der linke „Standard“: „23 Prozent der Volksschüler scheitern in Mathematik. Neue Mittelschule auf Hauptschulniveau“. Die errötete „Krone“ ergänzte dazu am 2. Februar: „Viel Kritik nach dem jüngsten Bildungstest. Wirbel um Neue Mittelschule“.

Was war passiert, dass Zeitungen, die BM Schmieds linke „Schulreformen“ Richtung Gesamtschule bisher begrüßten, plötzlich so aufgeschreckt reagierten?

Am 31. Jänner präsentierte Unterrichtsministerin Heinisch-Hosek die Ergebnisse der Tests zu den Bildungsstandards, die vom Bundesinstitut für Bildungsfor-



schung (BIFIE) ausgewertet wurden. Dafür wurden im Frühjahr 2013 die rund 74.000 Volksschüler der 4. Klasse im Fach Mathematik und die 77.000 Schüler der 4. Klasse AHS/Hauptschule/Neue Mittelschule (NMS) in Englisch geprüft.

Die Bildungsstandards, die 2009 von BM Claudia Schmied eingeführt wurden, legen fest, was ein Schüler in der vierten (Deutsch, Mathematik) bzw. der achten Schulstufe (Deutsch, Mathematik, Englisch) können soll.

Von den getesteten Volksschülern in Mathematik verfehlten 11 Prozent die Bildungsstandards komplett, weitere 12 Prozent erreichten sie nur teilweise. Die Gymnasein (AHS) erreichten in Englisch im Schnitt 600 Punkte auf einer Skala von 200 bis 800

Punkten. Die Hauptschulen (HS) schneiden mit 480 Punkten deutlich schlechter ab. Peinlich ist, dass die NMS mit 478 Punkten noch schlechter sind, bei einem Gesamtdurchschnitt von 519 Punkten. Dies findet „Die Presse“ sehr enttäuschend und in der „Krone“ fordert der Pseudoschul-experte Salcher: „Die NMS muss gestoppt und wissenschaftlich evaluiert werden“. Immerhin wird in das linke Prestigeprojekt NMS deutlich mehr investiert als in die beiden anderen Schultypen. Während die Lehrpersonalkosten je Schüler in der AHS-Unterstufe jährlich nur bei 4.698 Euro liegen, sind es in der NMS gigantische 7.180 Euro!

Die neue Unterrichtsministerin will diese Zahlen aber nicht als

Erfolg sieht anders aus!

Misserfolg der NMS verstanden wissen. Ihre Argumente:

1. Der Anteil der Immigrantenkinder sei in der NMS mit 25 Prozent höher als in der HS mit 18 Prozent.
2. Auch die soziale Benachteiligung der Schüler sei in der NMS

größer als in der HS. Jeder vierte NMS-Schüler sei sehr stark sozial benachteiligt, in der HS sei es nicht einmal jeder Fünfte.

Trotzdem hob BIFIE-Direktor Christian Wiesner hervor, dass der Leistungsunterschied in Englisch nichts mit dem Migrationshintergrund (18 Prozent der Schüler!) zu tun hat, sondern fast ausschließlich auf den sozialen Hintergrund zurückzuführen sei. Tatsächlich scheitern nur vier Prozent der Akademikerkinder komplett an den Standards.

Dem linken Dogma, dass unser Bildungssystem Kinder aus sozial

Linke Dogmen

schwachen Schichten so sehr benachteiligt und die Bildungschancen quasi vererbt werden, widerspricht aber ein Vergleich von NMS und HS: 14 Prozent der Eltern von NMS-Schülern haben einen universitären Abschluss, bei den leicht besseren HS sind es aber lediglich 11 Prozent.

In Mathematik erreichten die Buben einen Schnitt von 540 Punkten, die Mädchen nur 526. Umgekehrt schafften die Mädchen

Das überhastet eingeführte Prestigeprojekt Was die Neue Mittelschule kann, kann die alte Hauptschule auch

Eigentlich müsste man ja fast die viel geprügelten Hauptschulen loben. Immerhin haben sie mit ähnlich schwierigen Schülern, aber weniger Geld nahezu gleich abgeschnitten wie die Neuen Mittelschulen. Dass beide Ergebnisse nicht die besten sind, ist ein anderes Thema.

Die zuständige SPÖ-Ministerin hat ihre eigenen Erklärungen. Ja, womöglich haben sich die Neuen Mittelschulen eh ganz wacker geschlagen. Ja, vielleicht gibt es da und dort kleinere Erfreulichkeiten zu verzeichnen.

Vielleicht wird es ja doch noch was mit der Neuen Mittelschule. Vielleicht entpuppt sie sich aber auch als bildungspolitischer Flop.

Seriös kann man das anhand der Ergebnisse, die ein Jahrgang an einigen hundert NMS in einem einzelnen Fach erzielt hat, nicht sagen. Womit wir beim eigentlichen Problem angekommen wären: Dass ein neuer Schultyp einfach flächendeckend ausgewalzt wurde, weil der koalitionäre Wind günstiger schien als sonst. Mit Bildung hatte das weniger zu tun als mit Parteiräson.

Wissenschaftliche Evaluierung? War offenbar nicht notwendig. Spätestens jetzt darf, ja muss man fragen, was die NMS tatsächlich kann. Ob es sich um eine Reform handelt, von der die Schüler profitieren. Und ob die Ergebnisse die eingesetzten Mittel auch rechtfertigen. Oder ob es die viel geprügelten Hauptschulen nicht ohnedies auch täten.

Quelle: "Die Presse", Print-Ausgabe vom 1. Februar 2014, Kommentar von Bernadette Bayrhammer.



in Englisch einen Mittelwert von 535 Punkten, gegenüber von nur 502 bei den Burschen.

Diese Ergebnisse zeigen deutlich:

- 1. Intelligenzleistungen** sind nicht in erster Linie sozial determiniert!
- 2. Es lässt sich nicht ausschließen**, dass es geschlechtsbedingte Begabungsunterschiede gibt!
- 3. Thilo Sarrazin hat Recht**, wenn er behauptet, dass die Massenimmigration aus fremden Kulturkreisen zu einer

Intelligenznivellierung führt!

Es wird auch der Rechnungshof in seiner kürzlich erfolgten Kritik bestätigt, dass man die NMS nicht ohne Evaluierung flächendeckend einführen hätte dürfen. So fragt „Die Presse“, „ob es die viel geprügelten Hauptschulen nicht ohnedies auch täten“.

BM Gabriele Heinisch-Hosek will die Bildungsstandards künftig nur noch alle zwei Jahre testen und den Schulen so „eine Pause zum Durchatmen gönnen“. Der nächste Test wäre ja für Deutsch vorgesehen. ...

Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner ist Bundesobmannstellvertreter und Obmann von N.Ö. der Freiheitlichen Lehrer und Mandatar im Kollegium des Landesschulrats für N.Ö.

Voltaire
in einem Öffentlichen Brief an Rousseau:
Nie hat jemand so viel Geist aufgeboden, um uns zu dummen Eseln zu machen.

Verbale Beurteilung

Schriftliche Beurteilungen von Arbeitskräften sollen keine negativen Begriffe enthalten. Aus diesem Grund sind im Laufe der Zeit Phrasen entstanden, die auch im Internet zu finden sind. Nicht anders ist es in den Schulen, in denen es bereits verbale Beurteilungen gibt. Der Satz „Kevin arbeitet bei Interesse mit, er erledigt seine Hausaufgaben mehr oder weniger fristgerecht“ klingt zunächst nicht übel. In Wahrheit ist das ein ziemlich hartes Urteil.

Die Wissenschaften bilden bei diesen Wortspielen keine Ausnahme. Ein Beispiel sei hier erwähnt.

Zu Beginn des letzten Jahrhunderts entstanden Theorien über den inneren Aufbau des Atoms. Den Anfang hatte der Däne Niels Bohr gemacht, als er das von Max Planck entdeckte Energiequant in sein Atommodell einbaute. Elektronen hüpfen von einer Energiestufe zu einer anderen. Das war die Geburt des Quantensprungs. Der deutsche Physiker Arnold Sommerfeld verfeinerte die Idee. In der Folge sprach man vom „Bohr-Sommerfeld’schen Atommodell“.

Als dieses Modell an seine Grenzen stieß, warteten alle auf die nächste plausible Theorie, die man zunächst nur Genies wie Bohr oder Einstein zutraute. Diese Theorie kam schließlich von einem jungen Deutschen, der erst Anfang zwanzig war: Werner Heisenberg. Er entwarf ein Modell, das als Matrizen- oder Quantenmechanik bekannt wurde. Matrizen sind für Mathematiker schwer zu handhaben, für Laien gar nicht. Einerseits waren die Atomphy-

siker erfreut, dass es etwas Neues gab, das mit experimentellen Daten kompatibel war, andererseits beklagten sich viele über die schwer zu benutzenden Matrizen.

Da meldete sich der österreichische Physiker Erwin Schrödinger zu Wort. Er deutete die Elektronen in einem Atom nicht als Teilchen, sondern als stehende Wellen. Demzufolge nannte er seine Theorie „Wellenmechanik“. Stehende Wellen kann man an Musikinstrumenten beobachten, am besten an den Saiten einer Gitarre oder eines Klaviers. Schrödingers Gleichungssystem war klar und für Mathematiker so mühelos anzuwenden, dass sich viele Physiker begeistert zeigten. Werner Heisenberg war sauer:

„Je mehr ich über den physikalischen Teil der Schrödinger’schen Theorie nachdenke, desto abscheulicher finde ich ihn ... mit anderen Worten, ich finde, es ist Mist.“ Bohr drückte sich diplomatischer aus. Er meinte, Schrödingers Theorie sei „interessant“. Alle Physiker wussten damals, was Bohrs Diagnose im Klartext bedeutete. Für Bohr war Schrödingers Theorie leeres Gerede. Die Physiker änderten später diese abfällige Auffassung und fügten Heisenbergs und Schrödingers Theorien zusammen. Nach wie vor gilt aber: Charmant klingende verbale Beurteilungen können durchaus unerfreulich sein.

Quelle: Dr. Rudolf Öller in der Kolumne „Scheinwerfer“ i. d. Vorarlberger Nachrichten vom 29.03.2014

OFFENLEGUNG

„Freie Meinung“ ist das Organ des Freiheitlichen Lehrervereins und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Besonders gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren bzw. der Landesorganisation wieder. Ziel der Druckschrift ist es, die politische und pädagogische Bildung zu fördern und Beiträge zur Verwirklichung freiheitlichen Gedankenguts in der Schulpolitik zu leisten.

Herausgeber, Eigentümer und Verleger ist der FLV, vertreten durch den Obmann (die Obfrau). Sitz des Organs: 4040 Linz, Blütenstraße 21/1.

Inhalt: Hofrat Mag. Dieter Grillmayer, 4451 Garsten, Lahrndorferstr. 125, dgm@a1.net,

Tel. 0043-650-5202642. Gestaltung: Harald Baumgartner, 4212 Neumarkt, Tannbergstraße 2.

Hersteller: Pleschko & Pleschko, www.pleschko.com, 4631 Krenglbach 27

Bemerkungen zum Bildungsprogramm der NEOS

Von Dieter Grillmayer

Im Spätherbst 2013 bekam ich von der GENIUS-Gesellschaft (Dr. Stix) das Bildungsprogramm der NEOS zur Begutachtung zugeschickt. Zu den zwölf Punkten des nämlichen Programms, hier in Standardschrift wiedergegeben, habe ich die im folgenden Text kursiv geschriebenen Bemerkungen gemacht und diese auch der Parteispitze der NEOS zukommen lassen.

Das 12-Punkte-Programm der NEOS:

Wissen und Können sind unser größtes Kapital – als Individuum, als Gesellschaft und als Volkswirtschaft. Die etablierten Parteien tragen dem Wert von Bildung, Ausbildung und Forschung zu wenig Rechnung, ihre missglückte Bildungspolitik gefährdet unsere Zukunft. Es ist daher höchste Zeit, neue Wege einzuschlagen. Unsere Pläne dafür lassen sich in 12 Punkten zusammenfassen:

1. Die Basis: Wer nicht sät, wird nichts ernten. Kindergärten, Krippen, Tagesmütter und Kindergruppen sind wichtige Bildungsstätten. Die Elementarpädagogik schafft die außerfamiliäre Grundlage dafür, möglichst allen Kindern gute Bildungschancen zu eröffnen. Hier sind Investitionen ins Bildungswesen am dringendsten nötig und entfalten die größte Wirkung. Wir wollen einen Qualitätssprung mit einem besseren Betreuungsverhältnis für die Kinder und mehr Ganztagsangeboten. Dafür sind bedeutend mehr Personal sowie die Aufwertung der Ausbildung und Bezahlung der Kinderbetreuungsberufe notwendig. Zur Förderung der Familien ist, wie internationale Erfahrungen zeigen, eine qualitätsvolle Kinderbetreuung zielführender als reine Geldleistungen wie Steuerfrei- und absetzbeträge.

Einverstanden!

2. Das Prinzip: Freie Schulen, Kindergärten und Hochschulen. Wir wollen freie Bildungseinrichtungen, die nicht mehr parteipolitischer Bevormundung und bürokratischer Überregulierung ausgesetzt sind. Sie sollen eigenständig neue Wege gehen und schnell, flexibel und realitätsnah agieren können. Schulautonomie bedeutet für uns die freie Wahl der pädagogischen Modelle, der Lehr- und Lernmethoden, der (über Mindeststandards hinausreichenden) Lehrinhalte und der Mitarbeiter_innen. Diese sollen ein Team mit vielfältigen Kompetenzen bilden, das sowohl Lehrer_innen als auch Profis aus anderen Bereichen wie Sozialarbeit, Psychologie, Sport, Kultur und Wirtschaft umfasst.

*Inhaltlich einverstanden, nicht aber mit der Schreibweise Mitarbeiter_innen, Lehrer_innen usw. Diese ist auch nicht besser als alle anderen Versuche, andauern auf die Selbstverständlichkeit aufmerksam zu machen, dass es zwei biologische Geschlechter gibt. **Mit Liberalismus hat das jedenfalls nichts zu tun.** Unter dieser Marotte leiden nur Wortfluss und Verständlichkeit, von abenteuerlichen Grammatik-Verrenkungen ganz zu schweigen. Zwischen grammatikalischem und biologischem Geschlecht besteht im Deutschen kein Gleichklang, z. B. sind **das** Kind und **das** Geschwister biologisch männlich oder weiblich, **das** Weib(chen) ist biologisch weiblich, **der** Mensch und **die** Person sind biologisch männlich oder weiblich, ebenso wie **der** Lehrer, **der** Schüler usw. **beide biologischen Geschlechter** umfasst; **-er** ist nämlich keine typisch männliche Endung wie im Lateinischen, siehe z. B. **die** Mutter (Schwester, Tochter), **die** Schulter, **das** Wasser, **das** Futter und **das** Wetter. **Wem Bildung wichtig ist, dem sollte auch die korrekte Handhabung der deutschen Sprache wichtig sein.** Sie hat nun einmal, anders als z. B. das Englische, die Eigenheit, Frauen durch die Nachsilbe **-in** als solche besonders auszuzeichnen, während Männern eine solche Auszeichnung nicht zuteil wird und sie sich mit der **geschlechtsneutralen Form** begnügen müssen.*

3. Die Schüler_innen: Talente in den Mittelpunkt, weg von der Defizit-Orientierung. In den Schulen stehen die Interessen und Talente der Schüler_innen im Vordergrund. Die Mittlere Reife zum Abschluss der Schulpflicht bildet mit Mindeststandards in den Hauptfächern den gemeinsamen Rahmen. Auf dieser Grundlage gilt „Potenziale fördern“ und „Stärken stärken“ statt der Orientierung an den Defiziten. Anstelle der verfrühten Zweiteilung in AHS und HS/NMS wollen wir eine Vielfalt an autonomen Mittelschulen – oder auch neunjährigen Grundschulen, die auf individuellen Wegen zum gemeinsamen Ziel der Mittleren Reife führen.

Nicht einverstanden!

31. Schon der Begriff „Mittlere Reife“ ist fragwürdig, weil er z. B. in Deutschland mit ganz anderen Inhalten behaftet ist. Wenn die positive Erledigung der Pflichtschule schon eines eigenen Namens bedarf, dann wäre wohl „qualifizierter Abschluss“ die bessere Bezeichnung.

32. „Talente im Mittelpunkt, weg von der Defizit-Orientierung“ mag ja gut klingen, ändert aber nichts daran, dass eine **perfekte Beherrschung der Grund-Kulturtechniken die Voraussetzung für alles andere ist. Hinsichtlich der „Talente“ verweise ich auf den ausgezeichneten Aufsatz von Ronald Barazon, den ich dieser Stellungnahme anschließe.** (Red. Hinweis: Der nämliche Aufsatz ist in FM 4/2013 enthalten. Nachzulesen unter www.flv.at)

33. Die Zweiteilung in AHS und HS/NMS hat das österr. Schulsystem über Jahrhunderte zu einem Vorzeigemodell gemacht. Erst der Kommunismus hat die Zweiteilung in den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie gekappt, nach 1990 wurde sie dort überall reaktiviert. **Allein das schon sollte intelligenten Menschen zu denken geben! Wer Qualität haben will, der muss an den AHS-Langformen festhalten, wie ich in zahlreichen Aufsätzen und in meinem Buch „Bildung zwischen Anspruch und Zeitgeist“ begründet habe. Eine nach Begabung, Leistungsfähigkeit und Interessenslage gegliederte Mittelstufe zu befürworten und gleichzeitig das bestehende gegliederte System abschaffen zu wollen ist widersinnig und lässt auf Dogmatismus schließen!** Dass SPÖ-Unterrichtsminister alles haben laufen lassen, um, wie z. B. in Wien, das System ad absurdum zu führen, ist eine andere Sache; reparieren wäre aber jedenfalls besser und auch billiger als eine Gesamtschule, zumal eine solche nach dem NMS-Modell! **Zuletzt: Wer behauptet, die bestehende Zweiteilung ordne zehnjährigen Kindern Aufstiegschancen zu oder verweigere sie ihnen, der hat von der österr. Schulrealität keine Ahnung. Schon seit 20 Jahren beträgt die Anzahl der Studienberechtigten, welche diese Berechtigung über den Besuch der Hauptschule erworben haben, über 50 Prozent.**

4. Die Lehrer_innen: Schlüssel zum Erfolg. Internationale Studien zeigen: Entscheidend für die Qualität der Bildung sind nicht Strukturen und Methoden, sondern die Lehrer_innen. Wir wollen Wertschätzung und Image-Arbeit für den Beruf, die Aufwertung des Lehramtsstudiums durch selektive Aufnahmeverfahren, Quereinsteiger_innen aus der Praxis und eine vielseitige Weiterbildung anstelle des Fortbildungsmonopols der Pädagogischen Hochschulen. Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch in Teams sollen aktiv gefördert werden, an großen Schulen machen Team- und Bereichsleitungen Sinn. Engagierten Lehrer_innen stehen so auch neue Karriereöglichkeiten offen.

Sehr einverstanden! (Alte FPÖ-Forderung)

5. Die Direktor_innen: Profis mit Gestaltungsspielraum. Schluss mit der Parteibuchwirtschaft bei der Vergabe der Direktionsposten! Schulleiter_innen sollen nicht von Behörden und Landeshauptleuten bestimmt, sondern nach öffentlichen Hearings von Lehrer_innen, Eltern, Schüler_innen und Gemeinde oder privatem Trägerverein gemeinsam gewählt und auf Zeit bestellt werden. Sie bekommen vollen Gestaltungs-

spielraum bei der Auswahl der Lehrer_innen und anderen Mitarbeiter_innen sowie bei der Verwendung der Budgets.

Einverstanden! Diese Forderung stellt an künftige Direktoren aber hohe Ansprüche, geeignete Bewerber dürften schwer zu finden sein.

6. Die Finanzierung: Freie Schulwahl ohne Schulgeld. Alle Kinder haben das gleiche Recht auf eine gute Schulbildung. Derzeit herrscht im Schulwesen eine Drei-Klassen-Gesellschaft: In öffentlichen Schulen finanziert der Staat den vollen Betrieb, in konfessionellen Schulen das Personal und in freien Schulen mit Öffentlichkeitsrecht gar nichts. Wir wollen, dass die Finanzierung von der Institution losgelöst und ans Kind gekoppelt wird: Für jeden schulgeldfreien Platz, den eine Schule zur Verfügung stellt, erhält sie einen fixen Betrag vom Staat. Für Kinder aus bildungsfernen Schichten und mit nicht-deutscher Muttersprache erhält die Schule einen finanziellen Bonus, um die soziale Vielfalt in den Schulen zu sichern und größeren Herausforderungen gerecht zu werden. Einen erhöhten Betrag erhalten auch Kleinschulen am Land. Ihre Finanzierung und Rahmenbedingungen sollen Schulen von einer einzigen Stelle erhalten: Schluss mit dem Kompetenzwirrwarr zwischen Bund und Ländern!

Einverstanden! (Alte FPÖ-Forderung)

7. Die Qualitätssicherung: Viele Augen sehen mehr als zwei. Die Qualität des Lehrens und Lernens soll systematisch sichtbar gemacht und gefördert werden. Wie sie es von ihren Schüler_innen erwartet, soll auch die Schule selbst laufend dazulernen. Entscheidend dafür ist eine gute Beziehungs-, Kommunikations- und Feedback-Kultur innerhalb aller und zwischen allen Gruppen der Schulgemeinschaft. Die Qualität der Schule wird regelmäßig durch Lehrer_innen, Schüler_innen, Eltern, Absolvent_innen, Hochschulen und Arbeitgeber_innen evaluiert, Ergebnisse werden anonymisiert veröffentlicht. Eine Qualitätssicherungsagentur vernetzt die Schulen und hilft bei Verbesserungsschritten.

Einverstanden! (Alte FPÖ-Forderung)

8. Integration durch Bildung: Die Muttersprache als Startrampe statt Startnachteil. Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in unsere Gesellschaft und Wirtschaft zu integrieren, ist eine der wichtigsten Herausforderungen, vor denen wir heute stehen. Bildung kann einen entscheidenden Beitrag dazu leisten. Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache sollen nicht mit einem Startnachteil ins Schulwesen eintreten, sondern eine tragfähige Startrampe vorfinden. Der Schlüssel dazu ist sprachliche Frühförderung in der Muttersprache und auf Deutsch. Wer in der eigenen Umgangssprache lesen und schreiben gelernt hat, lernt schneller und besser Deutsch und hat größere Chancen für die weitere Bildungs- und Berufslaufbahn. Wir fordern mehrsprachige Angebote in Kindergärten und Volksschulen sowie individuelle Beratung und Förderung.

Bedingt einverstanden. Die sprachliche Frühförderung – einheimischer und zugezogener – Kinder ist jahrzehntelang vernachlässigt worden, Dank StS Kurz besteht Hoffnung auf Besserung. **Für den schulischen Erfolg ist aber allein die Beherrschung der Unterrichtssprache ausschlaggebend, auch für eine gelungene Integration sind gute Deutschkenntnisse unabdingbar. Die Muttersprache zu pflegen ist vornehmlich die Aufgabe des Elternhauses, nicht die der Republik Österreich.** Um die kulturelle Eigenart von Zuwanderern besorgt zu sein ist zwar edel gedacht, löst aber keine Probleme, sondern schafft bzw. vergrößert solche, wie z. B. Verunsicherung der Betroffenen und die Bildung von Parallelgesellschaften.

9. Die Lehre: Faire Weiterbildung und Umstiegsmöglichkeiten. Die duale Lehrlingsausbildung in Betrieb und Berufsschule ist ein österreichisches Vorzeigemodell, das vielen jungen Menschen einen erfolgreichen

Einstieg ins Berufsleben ermöglicht. Weiter aufwerten wollen wir die Lehre durch flexible Anschlussmöglichkeiten. Die Entscheidung für einen Beruf erfolgt oft schon mit 15 Jahren, daher darf die Lehre keine Sackgasse darstellen. Wir wollen gute Umschulungsmöglichkeiten in andere Berufe und neue Berufsakademien, die die teuren Meisterkurse ersetzen. Höhere Bildung soll hier mit der gleichen staatlichen Studienplatz-Finanzierung ermöglicht werden wie an Universitäten, ebenfalls ergänzt um nachgelagerte Studiengebühren, die erst ab einem gewissen Einkommen zurückzuzahlen sind. Wir fordern Gleichberechtigung für berufliche und wissenschaftliche Höherbildung.

Einverstanden!

10. Die Hochschulen: Studienplätze mit Qualität. Der Hebel zu mehr Qualität und Effizienz an den Universitäten ist ein ergebnisorientiertes Finanzierungssystem. Die staatlichen Mittel sollen nicht pauschal, sondern leistungsbezogen zugeteilt werden. Jede Universität erhält einen Sockelbetrag, um die Basis-Infrastruktur abzudecken. Die Finanzierung der Lehre ist an die Zahl der Studienplätze gekoppelt. Gelder für die Forschung werden zu Vollkosten auf Projektbasis vergeben. So haben die Unis – wie bisher schon die Fachhochschulen – Interesse an vielen Bewerber_innen, guter Studienqualität und niedrigen Drop-out-Raten. Die Auswahlverfahren werden in die Autonomie der Universitäten übertragen. Nachgelagerte Studiengebühren ergänzen dann die staatliche Finanzierung. Der FH-Sektor wird ausgebaut, ebenfalls mit Qualität vor Quantität.

Bedingt einverstanden! Es fehlt die Lenkungs-komponente, auf welche auch eine liberale Gesellschaft nicht verzichten kann, wenn sie das notwendige Fachpersonal im eigenen Land „produzieren“ will. Es ist dem Steuerzahler nicht zuzumuten, dass er vornehmlich die Studienplätze für spätere arbeitslose Psychologen oder Journalisten finanziert, und nicht solche für nachgefragte akademische Berufe, wie z. B. für Techniker. Mein Vorschlag: Studiengebühren, von denen Studierende nachgefragter Fächer befreit sind oder welche an fertige Akademiker in nachgefragten Berufen zurückgezahlt werden.

11. Die Forschung: Freiheit und Planungssicherheit. In der Forschungsförderung gilt es zunächst, übersichtlichere Strukturen zu schaffen. Statt bisher in drei Ministerien sollen die Forschungsagenden in einem Ministerium zusammengefasst werden. Dieses soll das Gießkannenprinzip zurückdrängen und Schwerpunktsetzungen ermöglichen: Durch größere Projektsummen mit längerer Laufzeit, nicht jedoch mit inhaltlichen Vorgaben von Seiten der Politik. Mehr freie Grundlagenforschung und mehr Planungssicherheit stärken den Forschungsstandort. Hochschul-Mitarbeiter_innen sollen zwischen forschungs- und lehrintensiven Jahren wechseln können, um Projekte effizienter zum Abschluss zu führen.

Einverstanden!

12. Lebenslanges Lernen: Bildungsbeteiligung erhöhen, Förderungen zusammenführen. Bildung stärkt das Potenzial in jedem Menschen, mit Verstand und Tatkraft sein eigenes Leben zu gestalten und das Leben anderer Menschen zu bereichern. Sie beginnt und endet nicht mit dem Schulbesuch, sondern begleitet uns durch alle Lebensphasen. Die berufsbezogene Erwachsenenbildung liegt in der gemeinsamen Verantwortung von Individuum, Gesellschaft und Unternehmen. Wir wollen das nach dem Bausparprinzip funktionierende Bildungssparen zu einem Bildungskonto-Modell weiterentwickeln. Es soll kürzere Ansparzeiten ermöglichen und alle Förderungen von Bund, Ländern und Sozialpartnern auf einem Förderungskonto zusammenführen, das der bildungswilligen Person eine eigenverantwortliche Auswahl der richtigen Bildungsmaßnahme ermöglicht.

Einverstanden!

Abg. z. NR Dr. Walter Rosenkranz am 24.4.14

Misstrauensantrag gegen Heinisch-Hosek

Chaosjahre im Unterrichtsministerium müssen beendet werden

"Die FPÖ wird heute im Zuge der Behandlung der Dringlichen Anfrage im Parlament, einen Misstrauensantrag gegen Unterrichtsministerin Heinisch-Hosek einbringen", gab der freiheitliche Bildungssprecher NAbg. Dr. Walter Rosenkranz bekannt. "Die Chaosjahre im Unterrichtsministerium müssen endlich beendet werden, hat Heinisch-Hosek doch seit ihrem Amtsantritt einen Bauchfleck nach dem anderen produziert", so Rosenkranz.

Angefangen beim Bifie-Datenleck, das anfänglich vertuscht worden sei, über die völlig unbegründete Aussetzung der internationalen Bildungsstandardtests (PISA, TIMSS), bis hin zur derzeit aktuellen chaotischen Budgeterstellung, habe Heinisch-Hosek eindrucksvoll bewiesen, dass sie für das Unterrichtsressort ungeeignet sei, begründete Rosenkranz

das Misstrauen der Freiheitlichen.

Auch habe die Ministerin den veritablen Flopp der Neue Mittelschule (NMS) zu verantworten, bei der Schüler in fast allen Bundesländern wesentlich schlechter abschneiden würden als die Hauptschulen und dramatisch schlechter als die AHS-Unterstufe - obwohl der Lehrpersonalaufwand in der NMS pro Schüler wesentlich höher sei als für AHS-Unterstufen-Schüler, so Rosenkranz weiter.

Gipfel der Inkompetenz sei aber die Budgeterstellung im Unterrichtsressort gewesen, bei der Heinisch-Hosek ohne Diskussion im Parlament, ohne Beschluss des Budgets, ohne Rücksprache mit Eltern-, Schüler- oder Lehrervertretung, ohne Einbindung der Landesschulräte und Landes- schulratspräsidenten, in einer Pa-

nikaktion in der Osterwoche drei Verordnungen mit dem Ziel erlassen habe, das Budget auf Kosten der Ausbildungschancen unserer Kinder zu sanieren.

Hinzu komme noch das sklavische Festhalten an sozialistischen Bildungsphantasien, welche die Frau Bundesministerin bereits unmittelbar nach ihrem Amtsantritt mit üppigen Medienkooperationen - für die offenbar ausreichend Geld vorhanden sei - öffentlich kundgetan habe, kritisierte Rosenkranz.

Es sei zu befürchten, dass unter der amtierenden Ministerin das Bildungssystem auf Kosten unserer Kinder kaputtgespart werde. "All diese Aktionen der Ministerin lassen starke Zweifel aufkommen, ob Gabriele Heinisch-Hosek in der Lage ist, ihr Ressort ordnungsgemäß zu führen", so Rosenkranz.

Entsetzen über Heinisch-Hoseks Sparpläne

SPÖ ruinierte Schulen zuerst inhaltlich, nun finanziell

"Blankes Entsetzen" lösen die Sparpläne von Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek bei FPÖ-Bildungssprecher NAbg. Walter Rosenkranz aus: "Unter Ministerin Schmied hat die SPÖ das heimische Bildungssystem inhaltlich kaputtgemacht, nun soll es auch noch finanziell ruiniert werden!" Wie Heinisch-Hosek angekündigt hat, will sie das vom Finanzministerium vorgegebene Sparziel von 68 Millionen Euro noch übertreffen: "Damit gibt sie sich als 'Musterschülerin' aus, sagt aber gleichzeitig, dass es Mehrausgaben für die Kindergärten geben soll. Die Kindergärten gehören zwar nicht in ihr Ressort, sondern in das von Familienministerin Karmasin - mit fremdem Geld lässt sich aber leicht locker umgehen", so Rosenkranz weiter. Es könne sich bei dieser Ankündigung somit allenfalls um einen gut gemeinten Rat handeln, nicht mehr. "Die Eltern und Lehrer müssen sich jedenfalls bei Heinisch-Hoseks Ehrgeiz warm anziehen, denn niemand darf glauben, dass diese Sparpläne bei der Betreuung der Kinder keine Spuren hinterlassen werden. Die Folgen zeigen sich bei einer mangelhaften Ausstattung der Schulen, bis hin zu den Gebäuden" schließt Rosenkranz.

Anglizismen aufs Abstellgleis: Deutsche Bahn ist Sprachwahrer des Jahres 2013

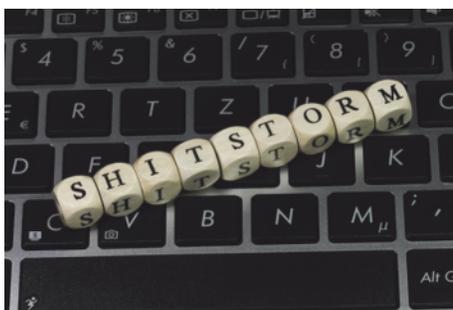
Die Deutsche Bahn, Otfried Preußler und „La Brass Banda“ sind Sprachwahrer des Jahres 2013. Das gab die DEUTSCHE SPRACHWELT anlässlich der Leipziger Buchmesse bekannt. Die Leser der Sprachzeitung wählten die Bahn mit 19,5 Prozent auf den ersten Platz. An zweiter Stelle folgt mit 14,8 Prozent der im vergangenen Jahr verstorbene Preußler. Platz drei errang mit 14,0 Prozent die bayerische Blasmusikgruppe „La Brass Banda“, gefolgt vom bayerischen Kultusminister Ludwig Spaenle mit 12,8 Prozent. Da-

Seneca:

Die größte Tugend des freien Mannes ist das Aushalten der Unbill.

hinter liegt Sängerin Beatrice Egli mit 10,6 Prozent. Die „Sprachwahrer des Jahres“ werden ausführlich gewürdigt unter <http://www.deutsche-sprachwelt.de/sprachwahrer/index.shtml>.

Die Bahn stellte Anglizismen aufs



Abstellgleis, nachdem ihr Vorstandsvorsitzender Hartmut Mehdorn, Sprachpanscher 2007,

das Unternehmen verlassen hatte und Peter Ramsauer, Sprachwahrer 2010, Bundesverkehrsminister geworden war. Bahnchef Rüdiger

Seneca:

Wenn du klug bist, so mache eines mit dem anderen: Hoffe nicht ohne Zweifel und zweifle nicht ohne Hoffnung.

Grube sorgt nun dafür, daß die Bahn möglichst durchgängig die deutsche Sprache verwendet. Das Unternehmen ersetzte nicht nur die „Service Points“ durch Schalter mit der Aufschrift „Information“, sondern nutzt ein großes Glossar zur Vermeidung entbehrlicher Anglizismen. So sollen Mitarbeiter nicht mehr von „Flyern“, sondern von Handzetteln sprechen.

Preußler schuf zahlreiche Kinderbuchklassiker („Hotzenplotz“). Er konnte nicht verhindern, daß der Verlag „Die kleine Hexe“ politisch korrekt umschrieb. Im Faschingskapitel wurden etwa aus Eskimofrauen „Indianerinnen“ und aus Negerlein „Messerwerfer“. „La Brass Banda“ hätte Deutschland endlich wieder mit einem deutschsprachigen Lied beim Liederwettbewerb „ESC“ vertreten können. Doch ein ARD-Preisgericht kippte die Publikumsentscheidung zugunsten eines englisch gesungenen Stückes.

Seit dem Jahr 2000 wählen die Leser der DEUTSCHEN

SPRACHWELT „Sprachwahrer des Jahres“, um vorbildlichen Einsatz für die deutsche Sprache zu würdigen. Die Auszeichnung erhielten bisher beispielsweise Frank Plasberg (2012), Lorient (2011), Porsche (2007), Papst Benedikt XVI. (2005) und Reiner Kunze (2002).

Die DEUTSCHE SPRACHWELT ist mit rund 80.000 Lesern die größte deutsche Zeitschrift für Sprachpflege und Sprachpolitik. Sie ist Sprachrohr und Plattform einer ständig wachsenden Bürgerbewegung, die sich um die deutsche Sprache sorgt. Die

Seneca:

Was ist des Reichtums Maß, fragst du. Zuerst haben, was nötig ist, sodann, was genug ist.

DEUTSCHE SPRACHWELT tritt für die Erhaltung einer lebendigen deutschen Sprache und für ein neues Sprachbewußtsein ein. Die Druckausgabe erscheint vierteljährlich.

Quelle: Sudetendeutscher Pressedienst Wien/Erlangen vom 13. März 2014

Interessiert?

Freiheitlicher Lehrerverband
Blütenstraße 21/1
4040 Linz



Beitrittserklärung

Vorname: Zuname:

Schultyp: Amtstitel:

Straße/Nr.:

PLZ / Ort:

Tel.Nr.: E-Mail:

Geboren am:

Ich trete dem FLV / Landesverband bei.

Datum: Unterschrift:

**Sie wollen mit uns in Kontakt treten?
Sie möchten mit uns diskutieren?
Sie interessieren sich für uns?**

**... nur mal kontaktieren?
Schreiben Sie an eine dieser Adressen
oder schicken Sie eine Mail an FLV@gmx.at**

**Sie möchten beitreten und mitmachen?
Bitte sehr, gerne!
Beitrittserklärung ausfüllen oder
einfach nur Mail schicken!**

Noch eine Bitte an alle Leser der Freien Meinung:

Alle unsere Mitarbeiter schreiben ehrenamtlich in der FM. Die hohen Kosten für Druck und Versand werden aber zunehmend ein Problem. Auch wenn sich vielleicht manche darauf freuen – die Zeitung wird nicht so schnell verschwinden. Die Schulen werden weiterhin mit einer gedruckten Fassung beliefert. Alle anderen Leser bitte ich, sich auf unserer Homepage (www.flv.at) für den Newsletter einzutragen. Sie erhalten jeweils eine Nachricht, wenn die neue FM fertig ist und sie als PDF-Datei herunter geladen werden kann. All jene, die weiterhin ein gedrucktes Exemplar haben wollen, bitten wir um einen Beitrag von 10 Euro pro Jahr auf unser Konto IBAN: AT863411400000026765, BIC: RZOOAT2L114.

Siegfried Neyer

Dem

Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverband

4040 Linz, Blütenstraße 21/1, www.flv.at
gehören an:

Freiheitlicher Niederösterreichischer Lehrerverein

Obmann: Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner
2700 Wr. Neustadt
Schönthalgasse 1

Freiheitlicher Oberösterreichischer Lehrerverein

4040 Linz, Blütenstraße 21/1
Obfrau:
SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
4212 Neumarkt/Mühlkreis, Tannbergstr. 2

Freiheitlicher Salzburger Landeslehrerverein

5020 Salzburg, Ginzkeyplatz 10
Obmann: Mag. Johann Lehrer
5322 Hof, Am Römerfeld 18

Freiheitlicher Lehrerverein Steiermark

8510 Stainz, Anna-Plochl-Straße 5
Obmann: Jürgen Zechner

Freiheitlicher Lehrerverein Tirol

6020 Innsbruck, Leopoldstr. 72
Obmann: Mag. STR Hartmut Gatternerg
6020 Innsbruck,
Kanonikus-Gamper-Gasse 4

Kontakt Vorarlberg

Mag. Siegfried Neyer Widumweg 4 6780
Schruns

Freiheitlicher Wiener Lehrerverein

Obmann:
SR Dipl. Päd. BOL Franz J. Etzelstorfer
1010 Wien, Bartensteingasse 14

Kontaktadresse Burgenland:

HOL Josef Kotzenmacher
7152 Pamhagen, Weingartengasse 5

Kontaktadresse Kärnten:

Dr. Heiner Zechmann
9500 Villach, Distelweg 2

Die Leitung des Freiheitlichen Österreichischen Lehrerverbandes:

Obmann:

**Mag, Siegfried Neyer,
6780 Schruns, Widumweg 4**

Stellvertreter:

SR HOL Dipl. Päd. Christine Baumgartner
SR BOL Dipl. Päd. Franz J. Etzelstorfer
Prof. Mag. Dr. Josef Pasteiner



Was man über „Gender“ wissen sollte und was die linken Gender-Ideologen gerne geheimhalten würden

Von Dieter Grillmayer

Dieser Aufsatz ist keine eigenständige Arbeit, enthält er doch mehrheitlich Informationen und Kommentare aus dem Internet und aus einer Zeitschrift, die hier nahezu wörtlich wiedergegeben werden. Zudem habe ich diese Quellen nicht selber entdeckt, sondern verdanke den Hinweis darauf meinem lieben Vereinskameraden und Weggefährten OStR. Walter Stadler.

Allerdings habe ich das Thema auch schon selber mehrmals abgehandelt, erstmalig im Kontext mit anderen „Heiligen Kühen des Feminismus“ im gleichnamigen Aufsatz, der (u. a.) in FM 4/2001 abgedruckt worden ist, sowie zuletzt im Beitrag „Gender Mainstreaming und die Natur“ für FM 4/2011. Darin habe ich die Vermutung geäußert, die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten, welche ihre Stimme dafür hergaben, Gender-Mainstreaming (GM) als neue politische Strategie für alle EU-Staaten in den nationalen Rechtsbestand zu übernehmen, hätte nicht gewusst, was sie tut. Sie hatte wohl nur eine EU-weite rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen im Sinn, nicht aber die gesetzliche Abseignung einer widernatürlichen Doktrin, wonach man als Frau nicht geboren, sondern erst durch die Gesellschaft dazu gemacht wird.

Die linken Gender-Ideologen haben auch gar kein Interesse daran, dass bekannt wird, was sich hinter GM wirklich verbirgt. Der eigentliche Diskurs über die Gendertheorie hat daher auch noch gar nicht begonnen und wird offensichtlich von der Genderszene

ängstlich gemieden. Von Journalisten der Printmedien hört man dazu: „Gender liegt nach wie vor unterhalb der Wahrnehmungsschwelle eines normalen Lesers“.

Kein Wunder also, dass sich die folgende Geschichte im deutschen Sprachraum noch gar nicht so recht herumgesprochen hat. Grund genug, sie in unserer der sachlichen Information, der Natur und der Vernunft verpflichteten Lehrerzeitung nachzuerzählen.

Das AUS für die Genderforschung in Norwegen

Aus ist es zumindest für die Genderforschung in Norwegen seit 2012 mit einem ursprünglichen Jahresbudget von 56 Mio. Kronen. Wie war das möglich? Ein intelligenter Komiker mit einem Kamerateam stellte Genderexperten einfache Fragen. Mit ihren Antworten kam eine Lawine ins Rollen.

Harald Eia, Norwegens bekanntester Komiker mit einem Masterdiplom in Soziologie, kam nach seinem Studium zu der Erkenntnis, dass die Gendertheorie, nach der Mann und Frau gleich seien und alle Unterschiede ihre Ursache ausnahmslos in gesellschaftli-

chen Prägungen hätten, nicht mit den Wissenschaften von Biologie, Anthropologie etc. übereinstimmen. Sein Kommentar: „Ich fühlte mich von meinen Universitätslehrern betrogen“.

Harald Eia's Idee war es, das „Gender-Paradox“ in Norwegen zu hinterfragen. Dieses Paradox besteht in einem Widerspruch zwischen jahrzehntelanger „gendersensibler Erziehung“ zur Gleichheit auf der einen Seite und der stetig sich polarisierenden Berufswahl und Ausbildung in die altbekannten männertypischen und frauentypische Berufe auf der anderen Seite. Ein solches klassisches Berufswahlverhalten hätte eigentlich die jahrzehntelange Gleichheitserziehung in Norwegen verändern sollen. Der Unterschied in Norwegen ist seit langem größer als in vergleichbaren Ländern mit weniger Frauenförderung und keiner „gendersensiblen Erziehung“. Dieses Paradox, das die Genderforschung nicht erklären konnte, wurde mehr und mehr zu einem Tabu in der norwegischen Öffentlichkeit und einem Problem für die regierende Sozialdemokratie. Das wollte Harald Eia durchbrechen.

Eia organisierte ein Kamerateam und stellte bekannten norwegischen Wissenschaftlern kritische Fragen zur Gendertheorie und stellte deren Antworten jene von international anerkannten Wissenschaftlern anderer Disziplinen gegenüber. Es waren Fragen über sexuelle Orientierung, Geschlechtsrollen, Gewalt, Rasse und

Einführungsinterview:

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/harald-eia-gegen-den-gender-mainstream-das-wurde-haesslicher-als-ich-gedacht-habe-11899907.html>



Die Videos:



<http://www.youtube.com/watch?v=mguctwoi-rk>



<http://www.youtube.com/watch?v=uJo9LSJFrcc>



<http://www.youtube.com/watch?v=yQqTCkKQJIo>

Erziehung. Er tat dies mit fundiertem Wissen und einer naiven, aber humorvollen Fragetechnik. Solche Fragen waren die Genderwissenschaftler nicht gewohnt. Schon gar nicht kritische Fragen zur Gendertheorie. Viele Interviewte merkten erst danach, was da eigentlich abgelaufen war. Ehe sie sich beschweren konnten, was sie später nachholten, gingen die Interviews beim staatlichen TV-Sender NRK in der Sendereihe „Gehirnwäsche“ auf Sendung.

Die Öffentlichkeit war schockiert und die Wissenschaft entsetzt. Vor allem das Feature „The Gender Equality Paradox“ heizte erstmals eine offene Debatte über die skandinavische Genderforschung an. In der englischen Pressemitteilung des Europäischen Journalistenverbandes wird folgendes Resümee gezogen: „So even if Eia's methods have been criticised, there is now a general agreement that the result of this project has been good for both the sciences and society as a whole. For the first time, science is really being discussed. Even if many strange

things have been said and written, this has been (and still is) a unique educational process for both the general public and the scientific Community.“

Ein späteres Ereignis in diesem Zusammenhang war noch sensationeller: Am 19. Oktober 2011 erschien eine Pressemitteilung, die die Schließung des Nordic Genderinstitute (NIKK) zum 31. 12. 2011 ankündigte. Damit war der Förderstopp auch für Gender Studies in Höhe von 56 Mio. Kronen verfügt. Die „Wissenschaft“ der Gender Studies wurde mit einer einstimmigen Entscheidung des Nordic Council beendet. Und das in dem „Genderland“ Nr. 2 nach dem Global Gender Gap Index 2011. Auch der Versuch, die trivialen Studien mit ideologischen Scheuklappen durch sinnvolle Projekte zu ersetzen, wurde abgelehnt.

Konsequenzen für den EU-Raum und die USA

Obige Pressemitteilung fand zunächst nur in Norwegen Verbrei-

tung. In den EU-Ländern, seit dem Amsterdamer Vertrag von 1999 offiziell auf GM-Kurs, ist sie medial nahezu unbeachtet geblieben, obwohl – oder gerade weil – die Gründe für die Einstellung der skandinavischen Genderforschung auf Einwänden beruhen, die für die Genderforschung generell zutreffen.

Auf <http://agensev.de>, der Internet-Seite, welche über diese Sachverhalte und Entwicklungen berichtet hat, ist auch noch der folgende Kommentar nachzulesen:

Die Staatsideologie „Gender“ wurde durch die Bürgergesellschaft nie legitimiert. Gender gehörte nicht zum öffentlichen Diskurs, obwohl es ihn manipuliert.

Der Wohlfahrtsstaat (finanziert durch die norwegische Erdölförderung) und die Gender-Ideologie sind eine schädliche Kooperation eingegangen.

Was lernen wir aus dem norwegischen Vorfall? Der Gleichheitsge-

danke ist in Norwegen stärker verankert als in Deutschland; trotzdem hat es nur eines Komikers bedurft, um nachzuweisen, dass die Gendertheorie nur eine Ansammlung von Behauptungen ist. Die norwegischen Erkenntnisse sind auf unser Land übertragbar. Ebenso die Konsequenzen ...!

Unsere Botschaft, nach der Gender Studies außerhalb der etablierten Wissenschaften agieren und im Falle einer Konfrontation argumentativ in Sprachlosigkeit versinken, ist offensichtlich hier wie bei der Sozialdemokratie in Skandinavien angekommen. Der Förderstopp von 56 Mio. Kronen,

beschlossen von den skandinavischen Ministern des Nordic Council, hat eine bedeutsame, politische Signalwirkung, weil er u. a. den gesellschaftlichen Nutzen von Gender Studies prinzipiell in Frage stellt. Diese Entwicklung hat kürzlich auch an Universitäten in den USA eingesetzt.

Die Harald-Eia-Interviews für die TV-Serie „Hirnwäsche“ und die Reaktion des Nordic Council lassen erkennen, dass eine abgeschottete Gender-„Wissenschaft“, deren gesellschaftlicher Nutzen noch immer nicht erkennbar wird, politisch nicht länger hingenommen werden kann.

Quelle: Dieser Beitrag gibt z. T. wörtlich einen Aufsatz wider, in welchem die rechtskatholische Zeitschrift „Die Wahrheit“ Inhalte der genannten Internet-Seite zusammengefasst hat.

Die angeführten Links zum Anklicken sind in der Online-Ausgabe dieser Zeitung unter www.flv.at enthalten!



Der BIFIE-Schul-Datenleck-Skandal

Von Josef Pasteiner

„Löst das BIFIE auf und zwar so rasch wie möglich. Die heutige Schule braucht etwas anderes als ständig leeres Gerede über Kompetenzen und Serien von Tests, die man Unbefugten zugänglich macht“, fordert der renommierte Mathematik-Professor Rudolf Taschner in „Die Presse“ vom 27. Februar 2014, die sich auffallend in mehreren Ausgaben die Themenführerschaft sicherte.

„Das ist zweifellos der größte Datenskandal der österreichischen Schulgeschichte“, sind sich die Lehrgewerkschafter Eckehard Quin (AHS) und Paul Kimberger (Pflichtschulen) einig. Letzterer fordert die neue Unterrichtsministerin nach 73 Amtstagen sogar zum Rücktritt auf. Heinisch-Hosek (SPÖ) bleibt aber im Amt und stellte in Ö1 am 27. Februar fest: „Ich habe es erst vor zwei Tagen erfahren.“ Sie will die Affäre „penibel, lückenlos und unaufgeregt“ aufklären.

„Das ist eine Katastrophe“ sagt Theodor Saverschel, der oberste

Elternvertreter an den mittleren und höheren Schulen zur „Presse“. Ähnlich äußern sich Christian



Morawek, der die Eltern der Pflichtschulen vertritt, sowie die Schülervertreter. Auch die Bil-

dungspolitiker fordern Aufklärung. Der FPÖ-Schulsprecher NR Dr. Walter Rosenkranz stellt fest: „Der Dilettantismus, mit dem hier vorgegangen wurde, ist wirklich skandalös“ und er hat dazu eine parlamentarische Anfrage an die Ministerin gestellt. Auch der FPÖ-Volksanwalt Dr. Peter Fichtenbauer fordert von der Ministerin Aufklärung.

Was ist passiert? Das BIFIE (Bundesinstitut für Bildungsforschung) ist jene staatliche Institution, die alle wichtigen Bildungstests durchführt, d. h. PISA, Bildungsstandards, PIRLS-Lesestudien für die vierte Schulstufe, Zentralmatura, Wiener Lesetest, und sammelt dazu alle Daten.

Auslöser für die Politbombe: Ein beispielloser Datenklau von über 400.000 internen Schüler-IKM-

Testergebnissen und 37.000 Lehrern E-Mail-Adressen. Den Lehrern war vorher versprochen worden, dass die IKM-Tests nur der Selbstevaluierung dienen. Gespeichert beim BIFIE sind sie auf einem ru-



mänischen Server aufgetaucht. Das BIFIE übermittelte die vertraulichen Daten selbst an die rumänische Tochter der Firma KAPSCH BusinessCom in Bukarest. Vermutlich wurden die Daten für die Neuentwicklung der Applikation zur Informellen Kompetenzmessung (IKM) verwendet.

Am 18. Dezember 2013 wurden sowohl die Direktion des BIFIE als auch deren Aufsichtsrat und das Ministerium von einem IT-Unternehmen über Missstände informiert. 1,8 GigaByte an sensiblen Informationen waren abhanden gekommen!

Vieles hätte man seither unternehmen müssen, auch den Gang zur Staatsanwaltschaft. Damit



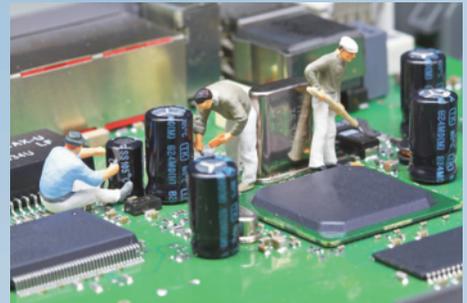
hätte man aber öffentlich ein Problem eingestehen müssen, was das

BIFIE offensichtlich vermeiden wollte. Viel mehr hoffte man, dass der Skandal nie ans Tageslicht kommt, trotz des Risikos, dass die Daten im World Wide Web gefunden werden. Laut „Presse“ hätten die BIFIE-Direktoren Martin Netzer und Christian Wiesner kaum stümperhafter auf das Bekanntwerden des Datenlecks reagieren können, als es die beiden getan haben. Sie forderten das IT-Unternehmen auf, zu präzisieren, wo sich das Datenleck befinde und „das unnötige Versenden von Kopien ihrer Schreiben an die Frau Bundesminister... zu unterlassen“.

Die Amtsübernahme von BM Heinisch-Hosek erfolgte nur zwei Tage vor dem internen Bekanntwerden des Skandals. Dies rechtfertigt aber nicht das dauerhafte Ignorieren, bis die Bombe am 25. Februar 2014 platzte. Eines ist so klar: Das Datenleck war hausgemacht!

In einem „Presse“-Interview am 27. Februar verantwortet sich BM Heinisch-Hosek damit, dass sie am 18. Dezember 2013 zwar von dem „Leck“ erfahren, aber alles sofort an das BIFIE mit der Bitte um sofortige Aufklärung weitergeleitet habe. Sie sei sodann davon ausgegangen, dass alles erledigt sei und war überrascht, dass dies nicht der Fall ist: „Die beiden BIFIE-Direktoren werden zur Verantwortung gezogen, falls die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft ergeben, dass es ein Fehlverhalten gab. Wir kannten den Link zu dem Rumänischen Server nicht. Wir waren uns des Ausmaßes dieses Skandals nicht bewusst.“

Inzwischen sind alle Daten aus dem Server verschwunden und damit nicht mehr öffentlich zugänglich. Die Ministerin hat weiters angeordnet, dass keine zentralen Testungen an Schulen durchgeführt werden, bis geklärt ist, ob die Sicherheit garantiert ist. Dass der Bildungsstandardtest für



Deutsch im Mai nicht durchgeführt wird, hat sie ohnehin schon im Jänner erklärt. Aber es wackelt nun auch die Zentralmatura, die schon jetzt erprobt wird und 2015 an den AHS obligat werden soll!

In der ZIB2 am 26. Februar erklärt Georg Markus Eder vom Datenschutzverein „Quintessenz“: „Wir können nie zu 100 % sicher sein. Alles ist hackbar, das können auch Schüler!“.

Der Wiener Stadtschulrat beendet nun als Konsequenz die Zusammenarbeit mit dem finanziell hochdotierten BIFIE beim Wiener Lesetest. Auch die überfällige Evaluierung der NMS (Neue Mittelschule) macht nun nicht das BIFIE, sondern Wissenschaftler der UNI-Salzburg unter der Führung von Prof. Ferdinand Eder. Was wird nun aus dem stinkteuren BIFIE?

Alles schön „flummig“ in Schweden Erfahrungsbericht eines 15jährigen österr. Gastschülers

Uppsala – Schweden, das pädagogische Sehnsuchtsland: Wenn bei uns in Österreich mal wieder über das Schulsystem geschimpft wird, ziehen Journalisten oft die skandinavischen Länder als Idealbeispiel heran. Ich denke mir bereits nach dem ersten Tag an meiner neuen Gastschule in Uppsala: „Bin ich hier wirklich richtig?“

Erste Stunde, Englisch: Wir schauen einen Hollywoodfilm mit Untertiteln an, anschließend konjugieren wir Verben – also all den Stoff, den ich bereits vor zwei Jahren durchgenommen habe.

Im Naturwissenschaftsunterricht erklärt uns dann der Lehrer, dass es so etwas wie das Morsealphabet gibt und was der Holocaust war. Meine Mitschüler zeigen sich schockiert – ich bin es ebenso, dass viele von ihnen als 15-Jährige heute das erste Mal vom Genozid an der jüdischen Bevölkerung Europas erfahren.

Auch mein Mathematiklehrer kann mir die Rechenbeispiele, die ich ihm aus meinem österreichischen Schulbuch mitgebracht habe, nicht erklären. Seine Begründung: Er habe solche Aufgaben zum letzten Mal vor 20 Jahren gelöst. Somit bin ich letztlich auf mein tägliches Selbststudium angewiesen, um in meinem Auslandsjahr nicht allzu sehr zu-

rückzufallen. In Mathe ist der Niveauunterschied am drastischsten. Und zum krönenden Abschluss stellt mir eine Mitschülerin eine Frage, die ich in den nächsten Wochen noch mehrere Male zu hören bekommen werde: „Wo in Deutschland liegt Österreich eigentlich?“

Ich besuche eine durchschnittliche Mittelschule in Schweden, doch mein Resümee fällt ernüchternd aus: Innerlich schwöre ich mir, nie wieder über das österreichische Schulsystem zu schimpfen. Als ich mich bei meiner Gastmutter, die selbst Lehrerin ist, nach der Pisa-Studie erkundige, finde ich heraus, dass Schweden gar nicht so gut abschneidet, wie man es erwarten würde. „Die Europäer glauben, ganz Skandinavien sei Finnland“, sagt mir mein Gastvater.

Während Österreich seinen Pisa-Schock 2009 durchmachte, erlebt ihn Schweden derzeit aktuell. Die

15-jährigen Schüler erreichten bei der aktuellsten Erhebung von 2012 nicht mal mehr das Mittelfeld aller OECD-Länder, was eine kontroverse Debatte über das Schulsystem im Land auslöste.

Legerer Klassenraum

Auf jeden Fall ist das Klima im Klassenraum sehr leger und anti-autoritär. Im Schwedischen gibt es dafür das schöne Wort „flummig“, und das klingt genau nach dem, was es bezeichnen soll: Wer nicht mitschreiben möchte, fotografiert einfach die Tafel ab, auch das Musikhören während des Unterrichts wird von vielen Lehrern allzu gerne übersehen.

Doch natürlich hat jede Medaille zwei Seiten: Das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler ist großartig. Verängstigende Lehrer gibt es hier nicht, denn mit Lehrkörpern ist man grundsätzlich „per Du“. Zudem begegnet man einander auf Augenhöhe. Die Lehrer genießen dabei trotzdem hohe Autorität, die sich jedoch nicht auf Respekteinflößung begründet, sondern auf Vertrauensbasis.

„Ich könnte nach der Schule stundenlang mit Christian plaudern“, sagt mir eine Klassenkollegin über unseren Mathelehrer, viele Schüler sind mit Lehrern sogar befreundet. Bei uns wäre das undenkbar.

*Quelle: DER STANDARD,
24. März 2014*

